

Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.

Preis: Monatlich 3.10 Mk. ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag:

J. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.

Insertate: Die mm-Zelle 25 Pfg.

Postfachkonto: Frankfurt/M. No. 17516.

Herborn, Dienstag, den 7. Dezember 1920.

77. Jahrgang.

Der erste Riß.

Das schon die erste Tagung der Völkervereinigung in Genf zu einer regelrechten Spaltung führen könnte, selbst diejenigen nicht angenommen, die von der Möglichkeit dieses Pariser Gewächses von vornherein weniger als überzeugt waren. Als es sich darum handelte, dem Völkerverein beizutreten, hat namentlich unter den kleineren und kleineren Staaten der Welt ein förmlicher Stillstand in das Gehege dieser Überseespannung eingebracht. An die Spitze der rückläufigen Bewegung hat Argentinien gestellt. Der Präsident der Völkervereinigung wurde am Sonnabend von der argentinischen Regierung mit der Mitteilung überrascht, daß sie von diesem an ihre Mitarbeit am Völkerverein einstellen werde. Die Mitteilung, die wie eine Bombe in die erlauchte Gesellschaft einschlug.

Seinen Schritt zu begründen, brauchte dem Führer der argentinischen Delegation nicht sonderlich schwer zu fallen. Er wies nur darauf hin, daß seine Abänderungsvorschläge für die Völkervereinigungen gegen die einzige natürliche Stimme abgelehnt, oder sogar mit Rücksicht auf die Natur der Sache, obwohl ihre grundsätzliche Natur keinen Zweifel ließ. Sie spielten in der Forderung nach einem allen souveränen Staaten, nach Zulassung ferner kleinerer Staaten ohne Stimmrecht, nach Bildung eines Rates durch demokratische Wahl, und endlich nach obligatorischen Schiedsgerichten und Gerichtsverfahren. Die Forderungen hätten ohne Zweifel den gegenwärtigen Charakter des Völkervereins einigermaßen verändert. Statt der Ratskammer zu bilden, hinter der die eigentlichen Entente-Mächte und unbedingte unter Recht und Billigkeit ihrer Weltanschauung stünden, wäre der Bund zu einer Gesellschaft einigermaßen gleichberechtigter Völker umgewandelt. Die Forderungen nicht lediglich in der Vergeßlichkeit der Vergangenheit durch die großen Mächte. Das Völkervereinbargekommen ist auf diesem Wege nicht zu verwirklichen, da die argentinische Regierung nichts davon will, daß sie unter diesen Umständen ihre weitere Mitarbeit bei den Aufgaben des Völkervereins als zwecklos und hat sich bereit, daraus die nötigen Folgerungen zu ziehen.

In Genf geht es seitdem zu wie in einem aufgereizten Stiefel. Die einen behaupten, auch andere amerikanische Staaten würden sich dem argentinischen Beispiel anschließen; andere wiederum wollen wissen, die Vertreter der kleinen Lateinamerikanischen Republiken hätten ihr Verstummen darüber ausgesprochen, daß die argentinische Delegation es nicht für nötig gehalten habe, sie vorher von den Absichten zu verständigen. Und es sind starke Vermutungen im Gange, eine offene Abweisung des argentinischen Schrittes von Seiten der Vertreter anderer amerikanischer Staaten zu erwarten. Man wird wohl annehmen können, daß die argentinische Regierung zu ihrem Verhalten auch noch durch andere als die angegebenen Gründe bewogen worden ist. Möglich, daß sie mehr als deutliche Beurteilung des Völkervereins durch die Präsidentenwahl des argentinischen Volkes den argentinischen Herren die Sprache hat. Mit unverkennbarer Verdringung hat auch der Senator Lodge in Washington darauf hingewiesen, daß jetzt auch andere Nationen dieselben Einwände gegen den Völkerverein erheben, die Amerika bereits vor Jahren gefunden habe. Andere Leute bringen natürlich bei dieser Gelegenheit angebliche deutsche Intrigen auf, die überall herhalten müssen, wo irgendwo auf der Welt etwas passiert, was den Entente-Herren nicht zum Vorteil paßt. Sie können sich allenfalls darauf berufen, daß es auch die argentinische Delegation gewesen ist, die zu Beginn der Völkervereinigung mit Nachdruck gegen die argentinische Regierung ungenügend, daß sie mit diesem Verhalten aufbraute im Angesicht einer Versammlung, deren ganze Existenzberechtigung auf dem Verstandenen Diktum von der angeblichen alleinigen Verantwortung Deutschlands beruht. Von dieser Lage hat sich Argentinien logisch bei seinem Eintritt in den Völkerverein nicht entfernt. Und es hat jetzt die Gelegenheit seines Austritts benutzt, um der ganzen Sache, die da in Genf bei der Arbeit ist, die Wäste vom Gesicht zu reißen. Argentinien hat und erwartet dafür seinen Dank, am wenigsten von Deutschland; aber wo es noch rechtlich denkende und wahrheitsliebende Menschen auf der Welt gibt, wird man sich von dem freuen, daß die Stimme der Gerechtigkeit wieder einmal den hervorragenden Stelle sich erhoben hat.

Argentinien hat den Völkerverein verlassen — zur gleichen Zeit, als die Aufnahme der Österreichischen Republik in den Völkerverein so gut wie beschlossen wurde. Ob Gewinn oder Verlust in diesem Falle wirklich ausgemessen?

Deutscher Reichstag.

BR. Berlin, 6. Dezember.

Nach dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wurde heute der Haushalt des Ernährungsministeriums an die Tagesordnung gesetzt. Der Vorsitzende gab der Abg. Dr. G. (D. V.) eine längere Erklärung ab, durch die er erklärte, die der Abg. Simon (Rechtsunabh.) am 2. Dezember mit Beziehung auf die Lebensmittelpolitik gegen den Reichstag hatte, zurückzusetzen. Zu dem Haushalt des Reichsernährungsministeriums hat der Ausschuss eine Reihe von Entschlüssen vorgelegt. Unter anderem wird die Regierung aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um auf die Lebensmittelpolitik der Reichsregierung einzuwirken, damit sie einen günstigen Einfluss für die Abfertigung von Brotgetreide, Getreide und Futter einleitet. Mit Rücksicht auf die hohe Preis

der Brotversorgung soll ein Verbot für die unverhältnismäßige Versteigerung von Getreidegebieten erlassen werden. Weiter soll auf eine schnellere und billigere Übermittlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse hin gewirkt werden.

Nachdem der Abg. Dr. G. (D. V.) über die Lebensmittelpolitik berichtet hatte, nahm der Reichswirtschaftsminister für Ernährung und Landwirtschaft Herrn Dr. G. Wort. Er erklärte, die Politik des Reichswirtschaftsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist in letzter Zeit Gegenstand heftiger Angriffe gewesen. Im Grunde handelt es sich dabei um einen Kampf für oder gegen die Zwangswirtschaft.

Das Reichswirtschaftsministerium für Ernährung und Landwirtschaft lehnt die Politik des Abbaues unserer Zwangswirtschaft fort. Dem Widerstande der Landwirte gegen die Zwangswirtschaft entspricht auf der Seite der Verbraucher das wachsende Bestreben, die durch die Zwangswirtschaft gewährten Rohstoffmittel auf dem Wege des Schleichhandels zu ergänzen. Neben der gesamten Landwirtschaft und dem Handel treten auch bedeutende Verbraucherorganisationen unter dem Eindruck des Verfalls der öffentlichen Versorgung in zunehmendem Maße für die Aufhebung der Zwangswirtschaft, besonders für Fleisch und Kartoffeln ein. Die Politik des Reichswirtschaftsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entspricht also einmal der Notwendigkeit, der Landwirtschaft eine größere Freiheit zu gewähren, soweit dies mit den Interessen der Verbraucher zu vereinigen war, ferner dem nicht zu verkennenden Verlangen der öffentlichen Gewalt bei Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft. Das Angebot an Lebensmitteln ist nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeutend gestiegen. Allerdings kamen häufige Übergriffe und Mißstände vor. Für Getreide, Zucker, Milch und Butter können wir aber die Zwangswirtschaft nicht aufheben. Der Minister behandelte dann die verschiedenen Wirtschaftszweige, wobei er auch auf den ungünstigen Stand unserer Valuta einging. Was unsere Ernährungsfrage anbelangt, so sei sie in der Tat sehr ernst. Der Minister kündigte den künftigen Landwirten strenge Strafen an und den Landwirten, die fleißig abliefern, Belohnungen. Wenn aber der Stand unserer Ernährung sehr ungünstig sei, so sei doch zu der Schwarzhandlung, wie sie in der letzten Zeit von einem Teile der Presse betrieben wurde, kein Anlaß.

Die schlechte Ernte.

Wie der Ernährungsminister heute sagte, beträgt die Brotgetreideernte nach der Schätzung der Statistiken der Reichsregierung etwa sieben Millionen Tonnen gegenüber 8,3 Millionen im Vorjahre. Der Winterertrag wird sich aber noch dadurch erhöhen, daß der Winterertrag schon vor dem 1. August in Anspruch genommen worden ist, und daß der Winterertrag wahrnehmlich hinter der Vorjahresernte nicht zurückbleibt. Der Minister sagte ferner über die schlechte Abfertigung seitens der Landwirte. Abgefertigt sind bisher nur 288 000 Tonnen gegenüber 1 110 000 Tonnen im Vorjahre. Hier wurde lebhaftes „Hört, hört!“ laut. In den letzten Tagen sei es eine leichte Besserung eingetreten. Die Landwirte haben die pünktliche Abfertigung für die Nachfrager nicht für die Lieferung des Brotgetreides benutzt. Die Ernte ist auch wesentlich schlechter als im Vorjahre. Für Roggen handelt es sich gegenüber dem Vorjahre geradezu um eine Mähernte. Ferner erwähnte der Minister, daß wir den

Fehlbetrag an Brotgetreide

aus dem Ausland einführen müssen, und daß dieser Fehlbetrag rund 2 Millionen Tonnen beträgt. Weiter erwähnte er, daß beabsichtigt sei, 100 000 Tonnen für Haushaltsmehl einzuführen. Das ergäbe 600 Gramm für den Kopf und Monat. Von einem bevorstehenden Zusammenbruch unserer Ernährungsverwaltung, besonders der Brotgetreide, könne keine Rede sein. Bei allem Ernst der Lage sollte man eine solche Beunruhigung des Volkes vermeiden. Bisher ist in diesem Jahre für 6 Milliarden Mark Auslandsgeld angekauft worden. Und es wird noch für 9 Milliarden zu beschaffen sein. Aus dem Weltmarkt haben 20 Millionen Tonnen Weizen zur Verfügung. Davon braucht England 5, Italien 3, Deutschland 2½, Frankreich 1½ und die neutralen Staaten zwei Millionen Tonnen. Mit Rücksicht auf die schlechte Abfertigung des Getreides, betonte der Minister auch, daß die deutsche Landwirtschaft eine moralische Krise durchmache. Von dem Überleben dieser Krise wird die Überwindung der wirtschaftlichen Krise abhängen. Bei der Landwirtschaft müsse zuerst wieder Moral einziehen. Dafür will der Minister Propaganda machen. Eine nachdrückliche

Hebung der Milchversorgung

ist nur durch Hebung der Futtermittelfrage möglich. Die gute Futtermittelherstellung hat zwar den Stand des Viehes verbessert, aber die Milchproduktion ist nur durch die Kraftfuttermittel einfluß zu erhöhen. Ich hoffe, daß es unseren Verhandlungen mit der Entente über das abzufertigende Vieh gelingen möge, eine noch weitere Verbesserung unserer Ernährung zu verhandeln. Das wäre der schwerste Schlag gegen unsere Säuglinge. Die Verteilung der Milch wird noch lange durch die öffentliche Hand zu erfolgen haben.

Die Fälle Augustin und Ramm.

Nach dem Ernährungsminister sprach der Abg. Braun (D. V.), der verurteilte Landwirtschafterminister und Ministerpräsident. Er behandelte vor allem die Frage der Beschaffung von Düngemitteln. Dann ging der Redner auf den Fall Augustin ein. Mit einer Erregung, die sich immer mehr steigerte, erklärte er, daß in diesem Falle nicht mit der nötigen Entschiedenheit vorgegangen sei. Der Redner nahm den Staatssekretär Ramm nachträglich in Schutz und sprach sich sowohl gegen Augustin als auch gegen den Reichsernährungsminister Herms aus.

Minister Herms sprach sich darauf noch gegen den Abg. Braun aus. Der Fall Augustin sei ganz anders als der Fall Ramm dargestellt. Sehr belustigt sprach sich Herms über den Staatssekretär Ramm aus und er hoffe, daß er seine Aufgaben gegen diesen noch unter Eid machen könne.

Die Sitzung zog sich noch längere Zeit hin.

Preussische Landesversammlung.

188. Sitzung.)

2. Berlin, 6. Dezember.

Nach der Verabschiedung des Etats des Innern wurde in der letzten Sitzung noch der Lebensmittelpolitik über den Mittelkanal in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Angenommen wurde in zweiter und dritter Lesung der Entwurf, betreffend die Verbesserung der Oberwasserstraßen unterhalb Breslau. Es folgte die zweite und

britte Beratung des Entwurfs über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Schleppebetrieb auf dem Rhein-Weserkanal und dem Lippekanal. Der Entwurf wurde angenommen.

Der Haushalt des Finanzministeriums

wird heute in Angriff genommen. Der Ausschuss beantragte, für das Rechnungsjahr 1921 und 1922 je 120 weitere neue planmäßige Stellen für Katastralfachleute einzusetzen. Ferner soll dem Finanzminister in erhöhtem Maße das Recht gegeben werden, die von anderen Ministern angeforderten Geldforderungen, soweit diese nicht auf Verträgen der Landesverwaltung oder auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen, zurückzuweisen, wie dies entsprechend für den Reichsfinanzminister durch die vom Reichskabinett am 9. Oktober 1920 beschlossenen Grundsätze geregelt ist.

Abg. Bartels (Soz.) tritt für größere Vermögensfreiheit des Finanzministers ein, wie der Ausschuss es vorschlägt. Gehaltssteigerungen sind für die Not nicht das Mittel. Wir müssen zu einem Preisabbau kommen. Bedenklich ist die Verschwendungssucht unseres Volkes. Dafür nur ein Beispiel: Die Umfänge auf den Rennbahnen betragen nach Angabe eines Berliner Blattes 4 Milliarden! Es wird immer darauf verwiesen, daß die Rennen zur Hebung der Verdienste notwendig seien. Wir bekämpfen diese Auffassung aus ethischen Gründen. Die bedauerliche Tatsache ist aber die, daß der Luxus durch das völlige Verlangen der Verwaltung gefördert wird. Es ist ein Skandal, daß nach Ablauf von dreiviertel des Steuerjahres die Steuern noch nicht eingegangen sind.

Abg. Dr. v. Kries (Deutschl.): Der Finanzminister hat in seiner letzten Rede sehr bedenkliche Ausführungen über die Anpassungsfähigkeit der Beamten gemacht. Er sagte u. a., er würde es für ein Unglück für unser Volk halten, wenn sich die Beamten den neuen Verhältnissen nicht in möglichst kurzer Zeit anzupassen verständen. Das Wort Anpassungsfähigkeit kann man verschieden auslegen. In diesen erregten Zeitläuften kommt es ganz besonders auf solche Beamte an, die nicht wie Wetterfahnen sich jeder Meinung anlehnen. Von den aufrechten Beamten kann man erwarten, daß sie, falls sie unter der gegenwärtigen Regierung in einen inneren Konflikt kommen, ihren Voten freiwillig räumen. Der Minister hat sich damals in einer Rede an die Beamten seines Ministeriums gewandt und dabei u. a. gesagt, daß jeder Beamte der Verfassung treu sein müsse und ferner ein guter Demokrat und Republikaner sein müsse. Diese Forderungen halten meine Freunde grundsätzlich als nicht für berechtigt. Ich bin von meinen Freunden beauftragt, die Haltung des Ministers grundsätzlich zu kritisieren.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz.

Boykott Griechenlands. — Die Wiedergutmachung.

Das Ergebnis der Konferenz der Ministerpräsidenten der Entente in London hat folgendes Ergebnis gehabt:

1. Der Beschluß des finanziellen Boykotts Griechenlands für den Fall, daß Konstantin den Thron bestiegt.
2. Die Vorbesprechung des kleinasiatischen Problems, der zufolge Smyrna den Griechen abgenommen werden dürfte, um unter türkischer Oberhoheit zurückzuführen, allerdings unter alliierter Kontrolle.
3. Bezüglich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland hält das offizielle Frankreich neben dem Vertragsobjekt Englands an seiner ablehnenden Haltung fest, wird aber dem Privatverkehr mit Rußland keine Hindernisse in den Weg legen.
4. Bezüglich der Wiedergutmachungsfrage herrscht volle Übereinstimmung zwischen den Alliierten. Am 18. Dezember werden die technischen Delegierten der einzelnen Mächte bestimmt werden, die am 13. Dezember in Brüssel zu einer Konferenz zusammenzutreten sollen. Ferner wurde auch das Problem Palästinas besprochen. Nach vier Tagen soll eine weitere Konferenz der Alliierten in London oder Paris stattfinden. In Paris wird erklärt, daß die Londoner Konferenz einen diplomatischen Sieg Frankreichs darstelle.

Einladung Deutschlands zur Brüsseler Konferenz.

Bei dem Vorstehen der deutschen Friedensdelegation in Paris ist folgende Note eingegangen:

„Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz mitzuteilen, daß die technischen Sachverständigen der Verbündeten sich am 18. d. Mts. vormittags in Brüssel zum Zwecke eines vorläufigen Studiums der Frage der Entschädigung vereinigen werden, die Deutschland nach dem Vertrag von Versailles zu leisten verpflichtet ist. Die Sachverständigen, die der Zahl nach zwei für jedes vertretene Land betragen werden, werden einen Bericht an ihre Regierungen erstatten, und das Protokoll ihrer Sitzungen wird der Entschädigungskommission mitgeteilt werden. Da die Sachverständigen der deutschen Regierung mit denen der verbündeten Mächte zusammenkommen sollen, wäre ich Eurer Excellenz verpflichtet, wenn Sie mir die Namen der Bevollmächtigten der deutschen Regierung mit der größten Beschleunigung mitteilen wollten.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Das allerneueste Flugverbot. Es bestätigt sich, daß durch eine Note der Entente jetzt sogar die Flüge nach Osten verboten worden sind. Die Entente hält sich dabei an den Artikel 180 des Friedensvertrages, der Verfliegen innerhalb der 50-Kilometer-Zone untersagt. Sie betrachtet also die Anlage von Flugplätzen, selbst wenn diese ausschließlich friedlichen Zwecken dienen, wie es bei unsern gegenwärtigen Luftverkehrsverhältnissen der Fall ist, als militärische Anlagen. Es werden zwischen den beteiligten deutschen Stellen und der internationalen Luftkontrollkommission Verhandlungen stattfinden, um die Aufhebung des Verbots herbeizuführen.

+ Das Verfahren gegen die Kriegsschuldigen. Der Oberreichsanwalt in Leipzig hat in den letzten Tagen zahlreiche Offiziere und Mannschaften vernommen, die nach Mitteilung der Entente sich in Feindesland Kriegsverbrechen

haben auszulösen kommen lassen. Wie man hört, ist aber das von der Entente geforderte Beweismaterial überaus dürftig. Nach der deutschen Strafprozessordnung kann ein Hauptverfahren nur eröffnet werden, wenn die Voruntersuchung einen hinreichenden Verdacht für eine strafbare Handlung ergibt. Es ist selbstverständlich, daß das oberste deutsche Gericht alle wirklich Schuldigen nach der Strenge des Gesetzes bestrafen wird, aber unmöglich wären Tendenzurteile, die auf mangelnde Beweise hin gefällt würden. Die Entente hat sich ja die Singulierung von Vertretern vorbehalten.

Die Regierungsbildung in Sachsen. Die Mehrheitssozialdemokraten hielten in Dresden ihre Landeskonferenz ab. Die sogenannte Dresdner gemäßigte Richtung unterlag hierbei den Wünschen der radikalen Chemnitz-Sozialdemokraten. Man einigte sich dahin, daß Ministerpräsident Buch weiterhin im Amt bleiben soll. Sein Stellvertreter und zugleich Minister des Innern soll der Führer der Leipziger Rechtsunabhängigen, Lippitz, werden. Justizminister Hornisch und Wirtschaftsminister Schwarz werden im Amt bleiben. Wahrscheinlich aber wird Arbeitsminister Held durch einen weiter links stehenden Sozialdemokraten ersetzt werden. Die beiden bisher von den Deutschen Demokraten eingenommenen Sitze des Finanz- und des Kultusministeriums (Finanzminister Dr. Reinhold und Kultusminister Siefert) werden von Unabhängigen besetzt werden, über deren Namen aber noch nichts verlautet.

Bolschewismus in den deutschen Internierungslagern. Auf Grund einer deutschen nationalen Interpellation beschäftigt sich der Reichstag in dieser Woche mit der Unterbringung der bolschewistischen Truppen in den deutschen Internierungslagern. Es wurden Dokumente vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß die den bolschewistischen Truppen gewährte Selbstverwaltung zu einem Terror der bolschewistischen Kommissare sich ausgewachsen hat. Die Kommissare veranlassen ihre Truppen, mit bewaffneter Hand die deutschen Kommunisten zu unterdrücken. Die deutschen Lagerkommandanten sind diesen Zuständen gegenüber machtlos.

Großbritannien.

Frieden mit Irland. Der stellvertretende Präsident der irischen Republik, Rev. Flannagan, hat an Lloyd George folgendes Telegramm gerichtet: Sie erklären, daß Sie bereit sind, sofort Frieden zu schließen. Irland ist ebenfalls bereit. Welchen ersten Schritt schlagen Sie vor?

Vom Tage.

Einstweilen 16 Milliarden Franken!

Paris, 6. Dez. Nach einer Meldung des Temps soll Ministerpräsident Legeres erklärt haben, Frankreich verlange von Deutschland nichts Unmögliches; aber Deutschland müsse im nächsten Jahr einen bedeutenden Teil seiner Wiedergutmachungsschuld bezahlen, die Frankreich für das Etatsjahr 1921 vorgeschrieben habe. Es handle sich um 16 Milliarden Franken. Wenn Deutschland das tue, werde es Frankreich zum Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Frist als auch der Zahlungsart bereit finden. Wenn Frankreich aber auf bösen Willen stoße, dann werde es über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, beraten. Der Sonderberichterstatter des Matin erklärt, Lloyd George und Bonar Law hätten dem zugestimmt.

Deutsche Kohlen für Holland.

Essen, 6. Dez. Im Monat Oktober hat die Einfuhr deutscher Kohlen nach Holland 82 919 Tonnen Kohlen, 13 000 Tonnen Koks, 420 000 Tonnen Steinkohlenscheiteln und 3199 Tonnen Braunkohlenscheiteln betragen. Diese Zahlen entsprechen den Vereinbarungen des Kohlenlieferungsvertrages mit Holland.

Südamerikanische Entladung für Spanien.

Genf. Die Delegierten Argentiniens auf der Völkerbundversammlung in Genf veranstalteten zu Ehren der spanischen Delegation ein Festessen, auf dem die Vertreter Argentiniens, Bolivians, Chiles, Kolumbiens, Kubas, Guatemalas, Nicaraguas, Panamas, Perus, Paraguays, San Salvadors, Uruguays und Venezuelas an König Alfons ein Sympathiegramm schickten. Darauf antwortete der König dankend, der Zusammenschluß der südamerikanischen Staaten spanischer Sprache sei eine der wichtigsten Erscheinungen auf der Völkerbundtagung.

Russland gegen das Handelsabkommen.

London. Krasin hat auf das nach Moskau übermittelte russisch-englische Handelsabkommen von der Sowjetregierung die Antwort erhalten, der Sowjetregierung sei der Abbruch

dieses Handelsabkommens nicht erwünscht. Nach ihrer Ansicht lege die vorteilhafteste Politik für die Arbeiter darin, alle Einschränkungen aufzuheben und Privates zu gestalten, mit Russland Handel zu treiben.

Neuer Angriff der Roten Armee.

Reisingers. Nach allen hier einlaufenden Nachrichten ist bestimmt mit einem neuen Angriff Sowjetrusslands auf die Randstaaten zu rechnen. Allein an der polnischen Grenze soll bereits eine Rote Armee von 400 000 Mann stehen. Man rechnet mit einem Winterfeldzug.

Verschiedene Meldungen.

Paris. Die mexikanische Gesandtschaft dementiert die im Ausland verbreitete Nachricht, der Präsident von Mexiko, General Obregon, sei ermordet worden. Offenbar liege eine Verwechslung mit General Villa vor, der schwer verwundet worden sei.

Paris. Nach den letzten Nachrichten aus Sibirien ist die Flotte des Generals Wrangel unter dem Schutz Frankreichs gestellt worden. Hauptstützpunkt der Kriegsschiffe ist Wladiwostok und der Handelschiffe Toulon.

London. Einer brachlosen Meldung aus Moskau zufolge, hat sich Armenien zur Räterepublik erklärt.

Unsere Ernährungslage.

Die mangelhafte Getreidelieferung.

Bei den Verhandlungen der Ernährungsminister der deutschen Länder in Weimar hielt Reichsernährungsminister Dr. Dierkes folgende Rede:

Die Tagesordnung, die wir Ihnen vorgelegt haben, umfaßt wichtige Gebiete der Ernährung; andere haben für eine spätere Beratung zurückgestellt werden müssen. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Getreidelieferung. Wir alle wissen, daß gerade die Getreidelieferung das Gebiet ist, das die ernsthafte Aufmerksamkeit der Reichsregierung in Anspruch nimmt, und daß wir alle Kraft anspannen müssen, um die verlangte Ablieferung wieder in Gang zu bringen. Wir halten das für den Kardinalpunkt der Ernährungswirtschaft. Wenn ich auch nicht dem extremen Besinnismus teile, der in der Öffentlichkeit mehrfach zum Ausdruck kommt, so wäre es doch nicht gerechtfertigt, diese Angelegenheit leicht zu nehmen. Wir hoffen, bei unserem Bemühen, die inländische Vorratssituation wieder zu heben, Verständnis und Unterstützung bei der Landwirtschaft zu finden. Wir dürfen nicht ruhig zusehen, wenn ein Teil der Erzeuger und der Händler ihrem egoistischen Interesse mehr anlegt, wir sind vielmehr der Meinung, daß mit scharfem Mittel der Exekutive zugegriffen werden muß in den Fällen, in denen Erzeuger und Händler die Interessen der Allgemeinheit außer acht lassen und nur an den eigenen möglichst hohen Gewinn denken. Gerade dieser Punkt wird in unseren Erörterungen eine besondere Rolle spielen müssen. Im weiteren Verlauf der Tagung werden wir die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung erörtern, wobei insbesondere an die Verbilligung von Kunstdünger zu denken ist, dann an die Wucherbekämpfung und die Wirkung der Aufhebung der Zwangswirtschaft auf verschiedenen Gebieten. In diesem Jahre sind wichtige Einschränkungen der Zwangswirtschaft erfolgt, so daß die Beobachtung der Wirkung dieser Maßnahmen von großer Bedeutung ist. Wir müssen aber alle Kreise der Bevölkerung auch mit dem Gedanken vertraut machen, daß zunächst in dem Abbau der Zwangswirtschaft eine große Pause eingetreten ist, und brechen mit dem Gedanken, als ob hinter der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch und Kartoffeln schon die Aufhebung der Bewirtschaftung des Getreides kommen müsse und kommen werde.

Der Postminister gegen passive Resistenz.

Wachsende Gefahr eines Beamtenstreiks.

Unter den Postbeamten macht sich in letzter Zeit eine starke Reizung zur passiven Resistenz, d. h. zur sinnlichen Zurückhaltung und Verlangsamung in der Arbeitsleistung bemerkbar. Infolgedessen richtete das Reichspostministerium an alle Dienststellen ein Telegramm, in dem es heißt:

„Gegen Beamte, die streiken oder ihre Arbeit zum Dienst knüpfen, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung eröffnet. Disziplinstreife, die sich dieser Bewegung anschließen, werden freistlos entlassen.“

Die passive Resistenz unter den Postbeamten greift um sich. Von Südwestdeutschland ausgehend, ist die Bewegung auf Essen, Düsseldorf, Hamburg, Rendsburg, Kiel und andere größere Orte übergesprungen. Die Postbeamten in Südwestdeutschland verlangen außer einer weitgehenden Erhöhung

der Teuerungszulage eine Grenzzulage und eine Entschädigungshilfe.

Herabsetzung der Lebensmittelpreise verlangt.

In einer Berliner Versammlung der Diätäre der Reichspost rief am Sonntag die Ablehnung von Teuerungszulagen in der geforderten Höhe sowie über das Streikverbot bei der Post große Erregung hervor, die noch durch brisante Mitteilungen über die passive Resistenz eines Teiles der Postbeamten in Mannheim, Düsseldorf, Frankfurt und Essen gesteigert wurde. Ein Vertreter der Verbandsleitung warnte vor der passiven Resistenz, die er als Feindschaft bezeichnete. Der Deutsche Beamtenbund hätte beschlossen, an der Forderung der Teuerungszulagen in voller Höhe festzuhalten und, wenn sie nicht erfüllt werden würde, auf vor einem Streik nicht zurückzuführen.

Der Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten hat angesichts des Ernstes der Lage seinen Gesamtschritt nach Berlin einberufen. Die Versammlung lehnte schließlich einen Antrag auf Eintritt in die passive Resistenz gegen wenige Stimmen ab und forderte in einer Entschließung die spätestens Dienstag die Zusammenberufung aller Funktionen, um gegen das Streikverbot bei der Post Stellung zu nehmen und eine sofortige Aktion einzuleiten. In einer zweiten Entschließung wurde verlangt, daß die Verbandssleitung sich mit den Gewerkschaften auf Herbeiführung des Generalstreiks zum Zwecke der Herabsetzung der Lebensmittelpreise verständigen möge.

In Frankfurt a. M. nahm eine von Tausenden von Beamten besuchte Versammlung eine Entschließung an, worin sie ihren Entrüstungsausdruck gibt, daß namentlich der Hauptausschuß des Reichstages entgegen den Versprechungen der Parteien von einer Erhöhung der Teuerungszulagen für alle Beamten abgesehen hat. Um „den unbefriedigten und seitens Willen der gesamten Beamenschaft“ zu bekämpfen, wurde die Bundsleitung aufgefordert, sofort eine Abstimmung darüber vorzunehmen, ob die Beamten sich noch weiterhin den Maßnahmen der Regierung latent widersetzen soll.

Der Fall Kahn.

Ein Skandal bei den Deutschen Werken.

Im Hauptausschuß des Reichstages ist ein lebhafter Kampf entbrannt über eigentümliche Vorgänge bei den sogenannten Deutschen Werken, wie heute die früheren Staatswerkstätten genannt werden. Diese werden jetzt „kaufmännisch“ betrieben, was neuerdings zu einem Fall „Kahn“ geführt hat. Mit diesem hatte die Leitung der Werke einen Vertrag über Verwertung von Werkzeugmaschinen abgeschlossen, der ganz einzig dastand. Als Reichsminister v. Raumer davon erfuhr, ist er der Geschäftsleitung sehr deutlich gekommen, was diese dann veranlaßt, aus „politischen Gründen“ ihre Kündigung einzureichen. Entgegen einem sozialdemokratischen Antrag beschloß der Ausschuss in eine eingehende Erörterung der Sache einzutreten, und der Reichswirtschaftsminister schiederte am Abend den unglücklichen Vertrag. Danach beziffert sich

Kahn's Gewinn auf 31 Millionen.

Wenn er nur etwa ein Viertel des ihm an Hand gegedener Maschinenmaterials verkauft. Der Vertrag enthält eine zahlreiche ungünstige Einzelbestimmungen, aus denen die große Vorteile ziehen kann. Beispielsweise erhält Kahn 10 % des Unterschiedes zwischen dem Maschinen- und dem Schrottpreis als Neugeld für alle Maschinen, die das Reich oder die Reichsbauhandelsbank insbesondere bei der Substitution der auf Grund des Friedensvertrages zu liefernden Maschinen aus politischen, sozialen oder anderen Gründen in Anspruch zu nehmen geneigt ist. Ferner erhält Kahn den Tageseschrottpreis vergütet, falls die deutschen Werke Maschinen für eigenen Schrotbedarf veräußern. Wie der Minister weiter erklärte, ist die Kritik, die ihm von dem Reichswirtschaftsminister seit Jahren hat, eine vernünftige. Kahn hat die Bereitwilligkeit, vom Vertrag zurückzutreten, nur unter Bedingungen ausgesprochen, in von Sachverständigen als unannehmbar bezeichnet werden. Der ohne Wissen des Aufsichtsrats, ohne Kenntnis des Reichsfinanzministeriums, ohne Information der Reichsbauhandelsbank abgeschlossene Vertrag bedeutet für Kahn, einen Herrn von 29 Jahren, der keine eingetragene Firma besitzt, eine ungeheure Verdienstmöglichkeit. Für die deutschen Werke enthält er schwere und langfristige Verpflichtungen gegen Schließung und Korruption. Der Vertrag verletzt die Interessen des Reiches auf das allergrößte.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Weiterer Rückgang der Erwerbslosenziffer. Aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, daß die Gesamtzahl der unterstehenden Erwerbslosen im Reich während der ersten Novemberhälfte weiter zurückgegangen ist. Beurteilt wird dieser Rückgang vor allem durch die allgemeine Geschäftsbelebung, auf die das an sich bedauerliche Sinken unserer Valuta nicht ohne Einfluß gewesen ist. Am 15. November betrug die Gesamtzahl der unterstehenden Erwerbslosen 349 243. Sie hat sich gegenüber dem Stand vom 1. November um 11 826 und zwar 7037 männliche und 4789 weibliche Erwerbslose verringert. Die Zahl der Familienangehörigen, die als Zuschlagsempfänger angegeben wurden, ist von 345 823 auf 334 373 herabgegangen. Dem gegenüber ist der Aufwand an Erwerbslosenunterstützung in der Zeit vom 1. bis 15. November von 40 883 843 Mark auf 38 554 436 Mark gesunken, nachdem am 1. November der Auszahlung der Winterbeihilfen begonnen hat.

* Schmalzeinfuhr. Wiederholte Anfragen sowie in der Öffentlichkeit mehr oder weniger verbreitete Gerüchte, daß ab 1. Dezember 1920 die Einfuhr von Schmalz völlig frei, geben dem Abwärtswachstum für die Einfuhr von Schmalz, Schlachtvieh, Fleisch, Fleischwaren und Schmalz Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß ausländisches Schmalz nur auf Genehmigung bedarf. Wenn von einer Erleichterung der Einfuhr gesprochen wird, so bezieht sich diese lediglich darauf, daß das dem Abwärtswachstum zur Verfügung stehende Monatskontingent erhöht werden soll.

Zerrissen, zerschlagen dein heiliges Pfand, O armes, verlorenes Vaterland!

O Deutschland, hoch in Ehren!
Klang's vor nicht langer Zeit.
Deut' weint mein Auge Tränen
Ob dem, was ihm sich beut.
O Deutschland, hoch in Ehren!
Sang man mit viel Gemüt:
Wie lange wird's noch währen,
Dann löst ein anderes Lied?
Zerrissen, zerschlagen dein heiliges Pfand,
O armes, verlorenes Vaterland!
Wo ist die deutsche Ehre,
Des Volkes heil'ges Pfand?
Gleich Menschenhag im Meere,

Grifeldis.

Roman von H. Courths-Mahler.

Schluß. (Abdruck ohne vorherige Vereinbarung nicht gestattet.)

Da ging Grifeldis frohen Herzens davon und ließ sich nun zur Trauung schmücken. Und als sie später am Arme ihres Bräutigams unter die wenigen Hochzeitsgäste trat, ging ein solches Glänzlächeln von diesen zwei Menschen aus, daß aller Herzen davon ergötzt waren.

Graf Harro und seine junge, schöne Frau lebten so glücklich miteinander, daß Grifeldis zu ihrem Gatten sagte: „Mir könnte bange werden vor der Größe meines Glückes, mein Harro!“

Da zog er sie fest an sich und sah ihr tief hinein in ihre Sonnenaugen.

„Ich möchte, wie Polykrates, ein Opfer bringen, um die neidischen Götter zu beschwören, wenn ich nicht fürchte, sie würden es auch zurückweisen.“

Und es sollte vom Schicksal selbst solch ein Opfer gefordert werden.

Graf Harro und Grifeldis waren noch nicht ein Jahr verheiratet, da brach der furchtbare Krieg aus, der fast alle europäischen Länder in Mitleidenschaft zog. Auch Graf Harro mußte, als ehemaliger Offizier, sofort zu den Fahnen eilen, und Grifeldis blieb mit heissem Bangen um ihn zurück. Aber sie zeigte sich tapfer und unerschrocken, um ihn nicht zu betrüben. Und der Himmel belohnte ihre Tapferkeit. Graf Harro überstand alle Gefahren und Strapazen dieses Krieges. So oft er konnte, nahm er einen kurzen Urlaub, um seine geliebte Grifeldis und sein Töchterchen wiederzusehen.

Und als er Weihnachten 1915 wieder einmal auf Urlaub nach Hause kam, diesmal von fiebernder Ungebuld und Sehnsucht erfüllt, trat ihm sein junges Weib entgegen — ein wenig bleich zwar, aber unendlich lieblich und hold. Und auf ihren Armen hielt sie ein weißes Spitzenbündelchen mit einem winzigen Menschenlein darin. Das war der Majoratserbe, der kleine Graf Hans Harro von Treuenfels.

Klein-Gilba sprang dem Vater jubelnd entgegen. „Papa — lieber Papa — ich habe ein liebes Bräderchen bekommen — kommen und sieh!“

Und Graf Harro umschlang sein ganzes, reiches, reiches

Mädchen mit beiden Armen, sein junges Weib und seine beiden Kinder. Und Grifeldis lächelte zu ihm auf in seliger Freude.

„Wie hab' ich mich um dich gebangt, meine süße Frau. Als mein Sohn geboren wurde, stand ich im dichtesten Regen und hatte nicht einmal Zeit, an dich zu denken. Und als ich dann mit meinen total erschöpften Beinen abgelöst wurde und in die hinteren Schützengräben kam, brachte man mir das Telegramm, das Großmutter mir geschickt hatte: „Gräfin Grifeldis hat soeben einem kräftigen, gesunden Knaben das Leben gegeben.“ Da schrie ich auf — ganz laut — daß alle mich erschauern ansahen. Ich aber lachte und lachte laut in den Kanonendonner hinein: „Hans-Harro, mein Sohn, ich grüße dich!“ Und sobald wir den Feind an der bedrohten Stelle bezwungen hatten, erbat ich mir einen kurzen Urlaub. Und hier bin ich und halte mein Glück mit starken Armen. Er ist in einer großen, schweren Zeit geboren worden, unser Sohn, meine Grifeldis, und daß ich nicht bei dir sein konnte, hat mir viel Schmerzen verursacht. Aber ich möchte wenigstens Tante Agnes bei dir und Tilly, die ich von ihrem Gatten herzlich grüßen soll. Er ist gesund und vorläufig außer Gefahr.“

„Gottlob.“ Sie schmiegte sich an ihn und lehnte den Kopf gegen seine Brust.

„O Harro!“

„Was sollst du, Liebling?“

„Wann wird endlich Frieden sein, wann wird dieses schreckliche Nöthen endlich aufhören?“

Er sah sie leuchtenden Auges an. „Das weiß nur Gott allein. Noch liegen schwere Tage und schwere Kämpfe vor uns, aber wir wollen sie überdauern und bestehen, müßig, treu und unbewegt. Aber wenn wir endlich das Schwert aus der Hand legen können, um wieder friedlich bei Weib und Kind zu leben — da werden wir alle sehr, sehr froh sein.“

Und Graf Harro nahm seinen Sohn auf den Arm und hielt ihn hoch empor.

„Werde einst ein ganzer Mann, mein Bäcklein. Die Kanonen haben dir das Wiegenlied gesungen!“

Und ein glücklicher Mann soll er werden, mein Harro.“

Grifeldis blickte hin.

Er atmete tief auf.

„So glücklich, wie sein Vater wurde durch deine Liebe, meine Grifeldis.“

Recht am flachen Strand,
Die Ehre ist verloren,
Gestirbt ist ihre Spur;
Ist ihr nicht mehr erhoben,
Nun heult die Schande nur.
Verflucht, verflucht dein heiliges Land,
O armes, verlorenes Vaterland!

Wo ist die deutsche Treue,
Einst ein unerschütterter
Fels des Himmels Baue,
Nun ist sie in den Flut;
Die Treue ist geschwunden,
Verflucht ist ihr heiliges Land,
O armes, verlorenes Vaterland!

Wo ist die deutsche Würde,
Einst auch kein leeres Wort,
Nun ist sie in den Flut;
Die Würde ist geschwunden,
Verflucht ist ihr heiliges Land,
O armes, verlorenes Vaterland!

Wo ist die deutsche Sitte,
Einst ein unerschütterter
Fels des Himmels Baue,
Nun ist sie in den Flut;
Die Sitte ist geschwunden,
Verflucht ist ihr heiliges Land,
O armes, verlorenes Vaterland!

Deutschland, tief in Schanden!
So klinge heut das Lied,
Denn alles liegt in Banden,
Was uns zum Vortritt zieht,
Wohin das Auge blickt,
Die Schmach ist riesengroß;
Scheint nicht das Schicksal gesüßet,
Nun eigenen Todesstich?

Drum Deutschland, hör' mein Klagen,
Es ist die höchste Zeit,
Nicht Du's nicht endlos wagen,
Was wieder dich befreit,
O suche Zucht und Sitte,
Verlorene Ehr' auf's neu',
Und ab in Deiner Mitte,
Die alte, deutsche Treue!

Denn reiten kann uns nur von dem, was verflucht,
Die Ehre, die Treue, die Sitte, die Zucht.
Nadernhagen, Adant 1920.

Adolf Weiß

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 7. Dezember.

* Der Kreisverband für Handwerk und Gewerbe für den Dillkreis hielt in Dillenburg seine erste Sitzung ab, die nach Bescheid war nicht nur aus dem Dillkreis, sondern auch aus den Nachbarkreisen, wie Wehlar, Biedenkopf, Lahn u. a. Die Sitzung begann am Samstag mit einer Versammlung im Bohnhofhotel, in der die Frage des Wohnungsbaus ausgiebig besprochen wurde. Installateur Budde leitete die Sitzung und die anderen Besprechungen. Er begrüßte die Teilnehmer und Behördenvertreter und teilte dann zunächst mit, daß der Vertreter der Firma Dyckerhoff u. Widmann den Zugeständnis habe; infolgedessen sei das Referat über sparsame Bauweise aus. Es wurde daher in der Hauptsache nur die Geldverlehnungsfrage erörtert. Herr Budde erklärte, daß die Handwerker nicht beschuldigt, gegen den Gemeinnützigen Bauverein zu arbeiten, im Gegenteil, man sei bereit, diesem die Hand zu reichen. Die Arbeitsvergebung habe man sich so gedacht, daß die Arbeit an die Bauvereine vergeben werde, die sie dann an die Mitglieder weitergeben, und zwar in der Art, daß die Handwerker nur jeweils ganz bestimmte Arbeiten ausführen. Die Frage nach dem noch zum Bau der für die vom Gemeinnützigen Bauverein noch fehlenden Mittel beantwortete Installateur Budde: es sei noch 1/2 Million a. Fonds perdu vorhanden; wenn die Stadt diesen Betrag bewillige, könne der Bau beginnen. Stadt, Graf hoffte, daß aus Kreisen der Handwerker selbst etwas gelte zur Hebung der Wohnungsfrage in Dillenburg, daß sie selbst bauen, wenn ihnen die Stadt der Kreis Geld gebe, oder sie bilden eine Genossenschaft und berechnen nur einen geringen Prozentsatz. Für die Mittelverlehnung hielt er den Weg der Miet- und der Wohnungsgenossenschaft, den der Magistrat zu beschreiten vorschläge, nicht für gangbar, sondern eine Hausbesitzersteuer, die aber nicht allein der Hausbesitzer zu tragen sein solle, sondern die bis zu einer gewissen Höhe auf die Mieter abgewälzt werden dürfe. Mindestens 25 Prozent der Hausbesitzer 25 Prozent aufbringen. Die Steuer müsse möglichst sein. In alten Häusern mit vielen Bewohnern werde die Belastung die einzelnen nur wenig treffen. Bei 1 Prozent werde soviel aufgenommen, daß die Verzinsung eines Bauwerts von 2 1/2 Millionen gelte. Dadurch ließen sich von den Bauvereinshäusern noch mehr errichten. Man müsse diesen so billig wie möglich herstellen; dazu sei erforderlich, möglichst wenig Unternehmerrisikoprämie beansprucht werden. Budde erklärte darauf, daß das, was Herr Graf ausgedacht habe, bereits im Vorstand des Kreisverbandes besprochen sei und daß der Unternehmerrisikoprämie vollständig fortlassen sei. Er später ausführte, sei das so zu verstehen, daß man einen angemessenen Gewinn erzielen wolle, um existieren zu können, daß man aber auf Gewinne darüber hinaus, wie es bei den Zeiten der Teil gewesen sei, verzichte. Man habe auch sich genossenschaftlich zusammenzuschließen, sei aber nicht abgemessen, weil ihnen geraten worden sei, im Anschluß an den Bauverein mitzuwirken. — Stadt-Vorsteher Arnold ließ sich aus über das Wohnungs- und sonstige Geldverlehnung die Ausgabe von Heimstättenkassen-Darlehensscheinen zur Mittelbeschaffung. — Bürgermeister Dr. Schneidmann sprach vor der Gründung einer neuen Genossenschaft, weil die bekannte Erfahrung sei, daß mit wenig Ausnahmen alle im Krieg gegründeten Genossenschaften vollständig kaputt gegangen seien, da die Erfahrung und die Beziehungen zu Banken und Geldgebern fehlten. Man müsse in Dillenburg aber schnell zu Werke kommen. Außerdem sei die Möglichkeit, noch ein großes Unternehmen ins Leben zu rufen, erledigt, da die Reichsbank vollständig erschöpft sei; der Zuschuß sei bereits dem Gemeinnützigen Bauverein zugesichert. Die Frage sei die, in welcher Weise das Handwerk dem Bauverein zur Verfügung stelle; der Arbeit und Verdienst haben über den Winter hinaus. — Auf Anfrage von Reg.-Rat Neumann-Wiesbaden erklärte Herr

Budde nochmals, daß die Handwerker ihre Hauptaufgabe darin erblickten, die Preise möglichst niedrig zu halten, man wolle daher mit den Baubehörden von Innung zu Innung über den Kreisverband verhandeln. — Reg.-Rat Dr. Scheuermann-Wehlar gab Auskunft über den in Wehlar bestehenden Eigenbauverein. — Stadt, Banger machte den Vorschlag, daß sämtliche Gewerbetreibende und Handwerker im Dillkreis sich dem Gemeinnützigen Bauverein anschließen und sofort ihre Einzahlung machen, damit Geld da sei. Das sei richtige Hilfe. — Stadt, Regner erklärte den Bauverein, die Genossenschaftsanteile zu erhöhen, wenn das nach dem Genossenschaftsgesetz geht. 200 Mark sei nichts mehr. — Kreisbaumeister Röder gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß man so wenig über den Bauverein orientiert sei. Dieser sei 1904 gegründet und nach dem Brande in Herborn in Tätigkeit getreten. Seine Aufgabe war, sogenannte Einwohnerrhäuser zu bauen, dann habe er Miethäuser gebaut. Sein Hauptzweck seien die Bürgerhäuser; das scheint sehr wenig bekannt. Im Dillkreis seien über 200 derartige Bürgerhäuser errichtet worden. Dann habe er die Beutenhäuser gebaut. Der Gedanke, daß alle Bauhandwerker dem Verein beitreten, sei außerordentlich gut, die Erhöhung der Anteile schwer. — Schreinermeister Heckenroth-Herborn wandte sich gegen den Verdacht am Baumaterial, daran dürften Fiskus und Gemeinden nichts verdienen. Bei der Landhergabe habe man ja auch die Enteignung. — Der Syndikus des Gewerbeverbandes für Nassau, Baumeister Rundgraber, sprach sich für die Siedlungswiese des Hauptmanns Schrade aus, wie sie in Wehlar durchgeführt worden sei. Der Vorschlag müsse über die widerstrebenden Interessen hinweggeholfen. Er verneinte die Annahme, daß der Vertreter der Arbeiterkassen, die ihm doch Hauptinteressen zu sein schienen, Redner sprach sich weiter für Arbeit zu gegenständlicher Hilfe über die gewöhnliche Zeit hinaus, damit liegen sich Werte schaffen, das sei geschätztes Kapital. Auch für kostenlose Stellung von Material durch Staat und Gemeinde sprach er sich aus; es könne auch als Darlehen betrachtet werden. — Reg.-Rat Neumann-Wiesbaden verwies auf einen Erlass vom 15. Mai 1919 hin, der die Gewährung von Hypotheken regelt. — Dr. Steuermann scheint es, daß alle Bedingungen gegeben seien, um rasch zu bauen. Er warne aber vor der Bildung von Ausschüssen. — Reg.-Rat Fabarius schloß sich ihm an und richtet an die Interessenten die Bitte, das Projekt des Bauvereins schleunigst unter Dach und Fach zu bringen. Herr Budde schloß sich ebenfalls an und spricht sich für den Beitritt recht vieler Handwerker zum Bauverein aus. — Schlossermeister Ullrich-Wehlar erklärt sich demgegenüber nicht dafür. Sie würden dort zu sehr in den Hintergrund gedrängt. — Kreisbaumeister Röder betont, daß der Gemeinnützige Bauverein alle Kräfte der Bevölkerung umfasse. — Stadt, Regner verteidigt seinen Standpunkt in der letzten Stadtverordnetenversammlung. — Herr Döring-Sinn ist für Eintritt in den Bauverein. Die Banken hätten viel Geld, der Zinsfuß müsse heruntergesetzt werden. — Herr Budde: Mit dem Handwerk zusammen müsse verhandelt werden, das sei der Hauptzweck. Man wolle um Rat gefragt und zugehört werden. — Landrat Reg.-Rat Hartmann schlägt die Bildung einer nicht großen, sorgfältig ausgewählten Kommission vor. Schließlich schlägt Herr Budde vor, daß innerhalb des Vorstandes des Kreisverbandes beraten werden soll zwecks Benennung zweier Mitglieder, die dann mit den maßgebenden Stellen verhandeln sollen. — Darauf schloß Herr Budde die Versammlung. (F. L.) (Dill.)

* (Zahlung des Reichsnotopfers.) Von amtlicher Seite werden die Abgabepflichtigen auf folgendes hingewiesen: Kriegsanzleihe wird auf das Reichsnotopfer nur noch bis zum Ablauf dieses Jahres angenommen. Eine allgemeine Verlängerung dieser Frist ist nicht zu erwarten. Die Kriegsanzleihe ist bei den bekanntgemachten Annahmestellen, die auch beim Finanzamt erfragt werden können, hinzugeben. Anträge auf Uebertragung von Reichs-Schuldbuchforderungen dagegen bei der Reichsschuldverwaltung (Schuldbuchangelegenheit) in Berlin zu stellen. In beiden Fällen sind von dem Einlieferer besondere Vordrucke auszufüllen, die bei den Finanzämtern erhältlich sind. Bei der Einzahlungsgabe von Kriegsanzleihen auf das Reichsnotopfer und die Kriegsabgaben werden fällige Zinskonten nicht angenommen. Einmal wird auf die Vorteile der baren Vorauszahlung des Reichsnotopfers aufmerksam gemacht. Auf Zahlungen dieser Art bis zum Ende dieses Jahres wird eine Vergütung von vier vom Hundert gewährt; für 100 Mark Steuer sind mithin nur 96 Mark zu zahlen. Mit dem Tage der Zahlung erlischt die Verpflichtung zur Verzinsung des durch die Zahlung gestillten Betrags. Je früher die Zahlung erfolgt, um so weniger Zinsen sind mithin zu entrichten. Die Zahlung, die 96 Mark oder ein Vielfaches hiervon betragen müssen, können bei den Finanzämtern oder bei der Wahrnehmung der Geschäfte einer solcher beauftragten Kasse, den Reichsbankanstalten sowie den als Annahmestellen für bare Vorauszahlungen bestimmten öffentlichen Sparkassen und öffentlichen rechtlichen Kreditanstalten erfolgen. Einzahlungen bei den Reichsbankanstalten, Sparkassen oder Kreditanstalten sind nur unter Ausfüllung eines Vordrucks zulässig, der bei diesen Stellen erhältlich ist. Die Zahlung gilt nur dann als vor dem Ablauf dieses Jahres erfolgt, wenn das Geld den genannten Kassen spätestens am 31. Dezember zugeworfen ist. Für Beträge, die — gleichgültig aus welchen Ursachen oder Gründen — erst nach diesem Tage bei den genannten eingehen, wird die Vergütung nicht mehr gewährt. Es warte daher niemand bis zum letzten Augenblick. Abgabepflichtige, die nicht imstande sind, den ungefähren Betrag ihrer Abgabenschuld zu berechnen, erhalten vom zuständigen Finanzamt Auskunft. Wer mehr einbezahlt, als seine Schuld beträgt, läuft keine Gefahr. Die Zinseszinszahlungen werden nach Feststellung der Abgabe erstattet, und zwar die baren in bar, die in Kriegsanzleihe in Kriegsanzleihestücken; Ueberzahlungen von mehr als 300 Mk. werden mit 5 vom Hundert vom Tage der Zahlung an verzinst (§ 132 A. O.). Nach einem Gesetzentwurf, dem der Reichsrat zugestimmt hat, haben die Notopferpflichtigen ein Zehntel ihres abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber ein Drittel der Abgabe bereits im nächsten Jahre in zwei Raten zu entrichten. Nur in bestimmten bezeichneten Fällen wird der zu zahlende Betrag vom Finanzamt ermäßigt oder ganz oder teilweise gestundet werden. Dies möge jeder bedenken, der noch schwankt, ob er das Reichsnotopfer alsbald bezahlen soll.

Limburg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich im Betriebe des Schmiedemeisters Jakob in der Bräunenvorstadt. Der 19-jährige Schlosserlehrling Friedrich Meurer aus Dietkirchen war mit einem Gefellen und einem zweiten Lehrling an der Reparatur eines Benzinbehälters beschäftigt, in dem sich noch Gase befanden haben müssen; denn plötzlich erfolgte eine Explosion, deren starker Knall in der ganzen Nachbarschaft gehört wurde. Infolge der Explosion wurde der Deckel von dem Behälter losgerissen und weggeschleudert und traf den Meurer so unglücklich am Kopf, daß die Schädelkapsel zertrümmert wurde; der Tod muß sofort eingetreten sein.

Siegen. Die Preisprüfungsstelle der Provinz Westfalen hat sich mit den hohen Eierpreisen beschäftigt. Nach eingehender Beratung wurden folgende Preise als angemessen bezeichnet: „Im Sommer Erzeugerpreis 1 Mk.

im Winter Erzeugerpreis 1,20 Mk. Preise die die vorstehenden überschreiten hält die Preisprüfungsstelle alsucherpreise. Im kommenden Jahre soll dem Eierwucher mit allen Kräften begegnet werden. Eier, die zu höheren als dem Angemessenheitspreis gekauft sind, können beschlagnahmt werden.“

Frankfurt. Vor einigen Tagen wurde in einem hiesigen ersten Kaffeehaus ein feingekleideter Herr dabei überrascht, als er seine Beute mit einem falschen fünfzig-Markschein beglich. Die herbeigerufene Kriminalpolizei verhaftete den Herrn und stellte fest, daß er in einem Handkoffer noch für mehr als hundertfünfzigtausend Mark täuschend nachgeahmte falsche fünfzig-Markscheine (grüne), der Ausgabe vom 24. Juni 1919, mit sich führte. Der Verbreiter des Falschgeldes war der Kantagener, Viehzüchter und Glimmerbergwerksbesitzer Friedrich Asmus, geb. am 24. November 1883 in Rheinisch-Bischofsheim bei Rehl. Weitere Feststellungen der Falschgeldabteilung ergaben, daß auch der Bruder des Friedrich Asmus, der Ingenieur Wilhelm Asmus sich mit der Verbreitung von Falschgeld in ausgedehntem Maße befaßte. Dieser wurde jetzt ebenfalls in Buhl in Baden auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Wo die Scheine hergestellt wurden, konnte noch nicht ermittelt werden.

Frankfurt. Mit zweitausend Mark Goldgeld und fünftausend Mark Silbergeld, die er wohlvernäht in den Kleidern auf dem Leibe trug, wollte der 46-jährige Kaufmann Max Cassel vor einigen Wochen vom Hauptbahnhof aus im Pariser D-Zug die Reise nach Frankreich antreten. Fünf Minuten vor Abfahrt des Zuges holte ihn die Kriminalpolizei aus dem Weil erster Klasse. Es stellte sich heraus, daß Cassel falsche Bässe bei sich führte, in denen er als luxemburgischer Staatsangehöriger angegeben war. Die Bässe trugen das Bismarck des zuständigen französischen Konsulats. Der gefährliche Goldmünzenschieber hat die Reise nach Frankreich aber Wahrscheinlichkeit nach schon sehr oft gemacht. Die bei ihm beschlagnahmte Summe stellt heute einen Wert von rund Mk. 350 000 dar.

Frankfurt, 6. Dez. (Viehmarkt.) Auf dem heutigen Schlachtwiehmarsch waren 232 Ochsen, 55 Bullen, 690 Ferkel und Kälber, 188 Schafe und 615 Schweine aufgetrieben. Der Marktverlauf war in allen Viehgattungen schleppend. Bei Großvieh und Schweinen verblieb ein Ueberstand. Bezahlt wurden für einen Zentner Lebendgewicht für vollfleischige Ochsen 875—950 Mk., junge Ochsen 750—875 Mk., mäßig genährte Ochsen 700 bis 800 Mk., für Bullen 750—900 Mk., ausgewählte Ferkel 875—950 Mk., ausgewählte Kälber 800—900 Mk., mäßig genährte Kälber und Ferkel 450—500 Mk., mittlere Ferkel und beste Saugläufer 900—1000 Mk., geringere Ware 800—900 Mk., für Hammel und Schafe 500—800 Mk., vollfleischige Schweine bis 100 Kilo 1600—1700 Mk., unter 80 Kilo 1300—1500 Mk., vollfleischige von 100 bis 120 Kilo 1600—1800 Mk. und vollfleischige Schweine von 120 bis 150 Kilo 1600—1700 Mk.

Erfurt, 5. Dez. Mit einem großen Aufgebot von Polizeibeamten fand in der ganzen Stadt eine Hausdurchsuchung nach Waffen statt. Während auf die letzte Aufforderung des Regierungspräsidenten, am Tage vor der Hausdurchsuchung noch eine Anzahl Handfeuerwaffen bereitwillig abgeliefert worden war, hatte die Hausdurchsuchung nicht den geringsten Erfolg.

Hannau. Infolge der umfangreichen Diebstahlfälle im Schloss Philippsruhe ist der Rest der Gemälde jetzt aus dem Schloß entfernt und in einer anderen Stadt in einem Kunstinstitut in Sicherheit gebracht worden.

Herborn. Auf der August Thüßenhütte hatten Arbeiter aus Schabernack einen Türdrücker mit der elektrischen Leitung verbunden. Obwohl der Strom nur eine Spannung von 220 Volt hatte, wurde der Arbeiter Probst, als er beim Betreten der Umkleibude den Türdrücker berührte, auf der Stelle getötet.

Udernaach, 6. Dez. Vor längerer Zeit ließ unter der Ueberschrift „Mein Sohn, zieh nicht an den Rhein“ ein Artikel durch verschiedene Zeitungen. Es war darin vor Rheinreisen gewarnt worden, weil die Rheintreuer überfordert würden. Der Rheineverein für Udernaach und Umgebung hat nunmehr beschlossen, gegen den Verfasser dieses Artikelts Beleidigungsklage zu erheben. Die Warnung scheint auch unberechtigt gewesen zu sein, wenn man von einem in der gleichen Sitzung des Rheinevereins gefassten Beschlusse hört. Mit Rücksicht auf die allgemeine Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse beschloß man, den Preis pro Bett einschließlich Steuer und Frühstück für die Zimmer in den hiesigen Gastwirtschaften und Hotels auf 20 Mark zu erhöhen. Demnach muß es also seither noch billiger gewesen sein. Zu dem tritt bei einem Aufenthalt von länger als fünf Tagen auch noch Rabatt ein.

Berlin. (Sie kommen wieder!) Nach Zeitungsmeldungen aus Japan sollen gegen Ende dieses Jahres wieder eine Reihe japanischer Professoren, Lehrer und anderer Studierender nach Europa entsandt werden, um dort ihre Kenntnisse zu vervollkommen. Es handelt sich um 130 Personen, die sämtlich einen Teil oder die ganze Zeit ihres Aufenthaltes in Deutschland zubringen wollen.

Neumarkt, 6. Dez. In den bayerischen Sprengkoffwerken Neumarkt (Oberpfalz) explodierte heute nachmittag 1/4 Uhr aus noch nicht aufgeklärten Ursachen ein Rührdraum. Bis jetzt sind drei Tote geborgen und etwa 10 Schwerverletzte. Hunderte erlitten leichte Verletzungen. Die Gebäude sind sehr demoliert, doch wird der Betrieb zum Teil aufrecht erhalten.

München. In einem in München gehaltenen Vortrag über die Leiden der besetzten Palästina landete Dr. v. Eberlein an, daß demnächst ein Verzeichnis der Namen der deutschen Männer und Frauen erscheinen werde, die es den Franzosen gegenüber an der richtigen Würde und Charakterstärke hätten fehlen lassen.

Beuthen, 5. Dez. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Der Teilaustausch der Eisenbahnen im ober-schlesischen Industriebezirk ist zusammengebrochen. Die Arbeit wird überall wieder aufgenommen.

Bandenüberfall in Oberschlesien. In Wlgenhof bei Deuthen in Oberschlesien tagte der Deutsche Arbeiterverband. Als nach Beendigung der Sitzung einige Arbeiter noch zusammenkamen, stürzte plötzlich eine 60 Mann starke, mit Pistolen und Knüppeln bewaffnete Bande in den Saal und begann ohne Ursache auf die Versammelten einzuschlagen und zu schreien. Die Überfallenen, die vollkommen waffenlos waren, versuchten sich so gut es ging zu retten. Der Saal hing in einer Ede Feuer. Die Bande hauste im Saale auf schmutzige. Eine große Anzahl von Personen wurde schwer verletzt.

Kirchenraub. In der katholischen Kirche zu Wittenberg wurde ein Einbruch verübt. Das Tabernakel mit dem goldenen Becher und die Monstranz von hohem Metall- und Kunstwert sind gestohlen worden. Von den Täubern fehlt jede Spur.

Ein verhängnisvoller Irrtum. Im Städtchen Kurpark in Schwelmünde kam es zu einem schweren Feuergefecht zwischen Militärpersonen der Küstenwehrabteilung. Die Soldaten glaubten sich im Dunkeln von Zivilisten überfallen und beschossen sich gegenseitig. Dabei wurde der Oberleutnant und Batterieführer Sanguin, der als Unbeteiligter die Straße passierte, durch Schüsse und Stiche lebensgefährlich verletzt. Zwei Soldaten wurden durch Rauch- und Lungenbeschüsse schwer verletzt. Die Kommandantur hat eine Untersuchung eingeleitet.

Die ersten Milchläufe für Deutschland. Bei der Auslandsabteilung des deutschen Roten Kreuzes ist die Nachricht eingetroffen, daß 124 Kühe, 2 Bullen und 2 Kälber von Fredericksburg in Texas die Reise nach Deutschland angetreten haben. Die Spende geht von 100 Deutsch-Amerikanern in Fredericksburg aus. Der „Gallie County Hilfsverein“ hat aus gesammeltem Geld 83 Kühe hinzugekauft.

Rechte Nachrichten.

Berlin, 7. Dez. Forderungen der Eisenbahner. In Nr. 5 des „Deutschen Eisenbahner“, die am 6. Dezember erschien, wird nach der „Freiheit“ der Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes einen Aufsatz veröffentlicht, nach dem allgemein die Forderung aufgestellt wird, die bewegliche Feuerungsanlage um 1 Mt. pro Stunde zu erhöhen. Für Beamte wird gefordert, die Feuerungszuschläge nicht mehr nach der Höhe des Einkommens festzusetzen, sondern für alle Besoldungsgruppen gleich zu bemessen und zwar wie folgt: Ortsklasse 2 und b 8000 Mark, Ortsklasse c und d 7500 Mark, Ortsklasse e 7000 Mark. Die Kinderzulagen sind allgemein um 100 % zu steigern. Den nicht planmäßigen Beamten ist außerdem der volle Feuerungszuschlag wie für die planmäßigen Beamten zu gewähren. Die Forderung soll rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1920 erhalten.

Königsberg, 7. Dez. Provinziallandessparteitag der Demokratischen Partei in Ostpreußen. Der 3. Provinziallandessparteitag der Deutschen demokratischen Partei Ostpreußens stellte folgende Richtlinien auf: Revision des Friedensvertrages, freie Selbstverwaltung und ungestörte Verbindung Ostpreußens mit dem Reich, Hochhaltung deutscher Geltung in Kunst und Wissenschaft, Förderung des Siedlungswerkes, Gewissensfreiheit und Gleichberechtigung in Schule und Kirche. Ferner kam es zu einem Beschluß auf Abänderung der für die Reichswahlen aufgestellten Reichsliste unter Berücksichtigung der Wünsche Ostpreußens.

Saas, 7. Dez. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat das Parlament den englisch-persischen Vertrag, durch den England die Schuttmacht Persiens werden würde, abgelehnt.

Genf, 7. Dez. (M.) Der Eindruck der argentinischen Jurisdiktion auf der Genfer Konferenz. Die Note der argentinischen Regierung, daß sie beabsichtige, sich von den Arbeiten des Völkerbundes zurückzuziehen, erregte in den Kreisen der Völkerbundesdelegierten ein geradezu sensationelles Aufsehen, da trotz gewisser Gerüchte niemand einen solchen Schritt erwartete. Zweifellos wird der Versuch gemacht werden, Argentinien zu veranlassen, von seinem Rückzuge abzusehen und noch im Laufe dieses Tages wiederum an den Arbeiten des Völkerbundes teilzunehmen.

Madrid, 7. Dez. Generalstreik in Spanien. Aus Paris wird gemeldet, daß der allgemeine spanische Arbeiterverband den Generalstreik für ganz Spanien als Antwort auf die strengen Regierungsverordnungen gegen die Syndikalistik für heute proklamiert hat.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Bed.

Anzeigen.

1 Waggon Rotkraut

eingetroffen. Abzuholen: Holzmarkt 1.

Dieselbst kann am Samstag

Wirsing

abgeholt werden. Nehme

Bestellungen auf Weihnachtsbäume

entgegen.

Frau Peudert.

„Securitas“

Bremer Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

sucht für ihre neueröffnete Feuerabteilung rührige

Vertreter

mit guten Beziehungen zu Industrie- und Handelskreisen für Frankfurt und alle Plätze Hessen-Nassaus, sowie des Freistaats Hessen gegen hohe Provision bei tatkräftiger Unterstützung. Gest. Angebote an

Die Bezirksdirektion:

Hanseatische Seeverkehrsgesellschaft m. b. H.,

Abteilung für Feuerversicherung,

Frankfurt a. M., Neue Mainzerstrasse 43.

Literarischer Abend.

Freitag, den 10. Dez., abds. 1/8 Uhr, im „Nassauer Hof“

Fr. Nietzsche: „Also sprach Zarathustra“.

Vortrag von

Prof. Hans Weichelt.

Karte zu 4.— Mk. in der Buchhandlung Schellenberg
an der Abendkasse 4,50 Mk.

Wir suchen für unsere Geschäftsstelle ein

Lehrmädchen.

Herborner Tageblatt.

Holzsubmissionsverkauf, Biehweide Schönbad (Dillkreis).

Im Wege des schriftlichen Angebots werden 300 Fm. Buchendrehholz auf dem Stock verkauft. Angebote werden pro Zentner gewünscht.

Angebote mit Aufschrift „Holzverkauf“ müssen bis zum 15. Dezember 1920 an den Bürgermeister in Schönbad eingeleitet werden.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank).

Zweigstelle Herborn.

Fernruf Nr. 45. Herborn. Dillstrasse.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 7795

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark

Die BANK FUER HANDEL & INDUSTRIE, Zweigstelle Herborn, empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmässigen Geschäfte wie:

An- und Verkauf von Wertpapieren, Geldsorten u. s. w., Diskont-, Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Aufbewahrung und vollständige Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen aller Art.

Vermietung von eisernen Schrankkächern. Annahme von Bar-Depositen gegen Ausstellung von Einlagebüchern.

Hervorragende Neuheit!

Wo?

Nüsse
Kerzen
Lebkuchen
Schokolade
Kakao

empfiehlt 3995

Fr. Bähr, Herborn,
Mühlgasse.

Dunkelbrauner

Jagdhund

zugelaufen.

Abzuholen gegen Rückerstattung der Infraktionsgebühren und Futterkosten bei

Heinrich Debus,
3989 Hörbach.

Eine gute, ältere

Fahrkuh

zu verkaufen. 3982
Beilstein, Hausn. 15.

Weihnachtsbitte

der Erziehungs- u. Pflege-Anstalt Scheuern
bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, im Gedenke der Menschheit die allergrößte Freude bereitet. Konnt wieder heran, und da wagen wir es, trotz der Drangsal der Zeit um Gaben der Liebe zu bitten, damit wir auch in diesem Jahre jedem unserer Kranken eine Freude bereiten können.

Wir bitten unsere Freunde in Stadt und Land herzlich um ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielsachen, Waren, Bekleidungsstücke usw. Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwendung und sind für jede auch die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besondere Mitteilung.

Bargaben adressiere man am besten an die Anstaltsverwaltung der Anstalt (Postfachkonto: Frankfurt a. M. 4000; Bankkonto: Landesbankstelle Nassau-Lahn Nr. 22).

Der Anstaltsvorstand:

Martin, Pfarrer,
Vorstandender.

Die Anstaltsdirektion:

J. B.:
Todi, Lehrer.

ff. Servelatwurst

Teewurst

ff. Thür. Rotwurst

Braunschw. Mettwurst

Braunschweiger Schmier-

Leberwurst

Mettwurst

Hausmacher Leber- u.

Blutwurst

Siedewurstchen sowie

andere Wurstsorten

empfiehlt 4000

Herborner

Delikatessenhaus.

1 größere Festung

1 Paterna Magica

1 Kinder Nähmaschine

zu verkaufen.

Herborn, Kaiserstr. Nr. 2

Senfen · Sichel,

Wegsteine,

sowie sämtl. Saisonwaren

in großer Auswahl

Edgar Vorrman,

Gießen.

497

Eine neue

Edel-Perle-

Garnitur

billig zu verkaufen.

(Mindestverkaufspreis Mk.

5 000.—) Angebote unter

Nr. 3991 an die Gesch. d. B.